

Klare Ziele der Bündner Parteien

Die Bündner Parteien haben gestern gegenüber der Schweizerischen Depeschagentur ihre Ziele für die Grossratswahlen vom 21. Mai wiederholt und präzisiert. Die CVP als stärkste Fraktion muss über ein Dutzend abtretende Parlamentsmitglieder ersetzen. Die 40 Sitze halten und somit grösste Fraktion bleiben, ist laut Angaben von Mediensprecher und Grossrat *Reto Loepfe* das Ziel.

Die SVP als zweitstärkste Kraft will den Besitzstand von 33 Sitzen wahren. Die Partei muss acht Bisherige ersetzen und will laut Präsidentin und Grossrätin *Barbara Janom Steiner* längerfristig wieder die grösste Fraktion werden.

Eine Steigerung um zwei auf 15 Mandate peilt die SP an. Zusätzliche Sitze holen wollen die Sozialdemokraten in den Kreisen Davos und Thusis, wie Parteisekretär und Grossrat *Johannes Pfenninger* sagte.

Ebenfalls zwei Sitze zulegen will die FDP, die bei den Wahlen 2003 fünf Mandate verlor und 29 Abgeordnete stellt. Dabei sind acht Rücktritte zu verkraften. Parteipräsident *Christian Rathgeb* weiss um die derzeitige Schwäche der FDP, die schweizweit auf der Verliererstrasse gelandet ist. «Uns bläst ein eisiger Wind ins Gesicht. Wenn wir unser Wahlziel erreichen, wären wir seit langem die erste FDP-Kantonalpartei, die nicht verliert», sagte Christian Rathgeb, der sein Glück als Grossratskandidat an seinem Wohn- und Arbeitsort Chur versuchen wird. (sda)

CVP-Forderungen zum Steuergesetz erfüllt

Die CVP sieht ihre Forderungen im Vernehmlassungsentwurf zur Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes erfüllt. Die Kantonalpartei hat in ihrer Vernehmlassungsantwort die Teilrevision des Steuergesetzes begrüsst. Mit besonderer Befriedigung nimmt die CVP Kenntnis von den vorgesehenen Entlastungen bei der Familienbesteuerung. Weiter befürwortet die Partei die Entlastungen bei den Unternehmen, wie es in einer Mitteilung heisst. Diese würden zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Graubünden beitragen. Sie betont ausdrücklich, dass die Steuergesetzrevision gesamthaft als ein Paket umgesetzt werden sollte.

Die Familienbesteuerung sei ein Kernanliegen der Christlichdemokraten. Sie sehen im Vernehmlassungsentwurf die wesentlichen Forderungen erfüllt, welche die Fraktion im Grossen Rat deponiert hatte. Bei der Einkommensbesteuerung der Ehegatten bekräftigt die CVP ihre Haltung, dass dem Teilsplitting-Modell gegenüber anderen Modellen der Vorzug zu geben sei. Dazu regt die CVP an, allen Ehepaaren den Zweitverdienerabzug zu gewähren, unabhängig von einem minimalen Beschäftigungsgrad. Die Partei regt weiter an, die besondere Lebenssituation von betagten Menschen mitzuberücksichtigen. Dies gelte für den Fall, dass sie in ihrer angestammten Umgebung leben und von Familienmitgliedern ohne Entschädigung umsorgt werden. Nach Ansicht der CVP sollte für solche Situationen ein Sozialabzug für die Betreuungspersonen ermöglicht werden. Bei der Besteuerung des Wohneigentums stellt die CVP fest, dass die Eigenmietwerte generell zu hoch eingeschätzt werden. Zudem seien diese nicht dem Wohnungsmarkt gefolgt, wie dies bei den Mietern der Fall sei. Die Christdemokraten fordern daher, dass der steuerliche Eigenmietwert-Abzug auf das maximal Mögliche von fünfzig Prozent angehoben wird. (bt)

KURZ GEMELDET

● **Samedans Stellungnahme zum Kreisverfassungs-Entwurf:** Der Gemeindevorstand von Samedan hat seine Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Vernehmlassung zum Entwurf einer neuen Oberengadiner Kreisverfassung bekannt gegeben. Demnach begrüsst Samedan die Neuorganisation der Kreisaufgaben, lehnt aber die neue Regelung, wonach Zusatzaufgaben lediglich durch die Zustimmung der Mehrheit der Gemeinden in einer gemeindeinternen Abstimmung durch den Kreis übernommen werden können.

STREIFLICHT

Ein deutscher Nachbar als überzeugter Europäer

Erwin Teufel, Ministerpräsident a. D. von Baden-Württemberg, machte in Grüşch aus seinem Herzen keine Mördergrube: «Europa ist trotz aller Unzulänglichkeiten eine Erfolgsgeschichte.»

Von Edy Walser

Wer von Europa überzeugt sei, müsse sowohl über dessen Stärken als auch über seine Schwächen reden, erklärte *Erwin Teufel*, Ministerpräsident a. D. des Landes Baden-Württemberg, anlässlich des vierten Prättigauer Industrierefereates im Innozot Grüşch. Und das tat er dann auch: Mit grossem Engagement und Kompetenz hat Teufel doch als Ministerpräsident und Mitglied des deutschen Bundesrates die Entwicklung der EU hautnah miterlebt. Doch bevor er zu einem EU-Exkurs ausholte, gab er seiner Bewunderung für die Schweiz, insbesondere die Schweizer Arbeitnehmer Ausdruck. Dank der 42-Stunden-Woche würde ein Schweizer pro Jahr zwei Monate länger arbeiten als ein Deutscher. «Bei uns hat bei der Arbeitszeit eine totale Fehlentwicklung stattgefunden», so Teufel.

Eine Erfolgsgeschichte

Europa sei für ihn eine Erfolgsgeschichte, erklärte Teufel. Er möchte noch weitergehen: «Wer in Deutschland bei Verstand ist, muss ein überzeugter Europäer



Stiess im Innozot Grüşch auf ein interessiertes Publikum: der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel bei seinem Referat. (Foto Tamara Defilla)

sein.» Denn die aus der Gemeinschaft von sechs europäischen Staaten hervorgegangene Union habe Deutschland die längste Friedensperiode seiner Geschichte beschert. Diese positiven Erfahrungen seien auch der Grund, weshalb er die Osterweiterung der EU vorbehaltlos unterstützt habe. Mit einem Seitenblick auf den in der Schweiz umstrittenen Kohäsionsfonds meinte Teufel, dass die europäischen Staaten gut beraten seien, wenn diese die neuen EU-Mitglieder bei ihrem wirtschaftlichen Abbau unterstützen. Er sei überzeugt, dass sich diese Gelder auf jeden Fall auszahlen würden.

Der Ministerpräsident a. D. machte aber auch keinen Hehl daraus, dass die Akzeptanz von Europa auch in Deutschland unter 50 Prozent liegt.

Lanze für die Subsidiarität

Die Gründe für diese Europa-Verdrossenheit lägen für ihn auf der Hand: «Die Bürger empfinden Europa als ein fernes, anonymes Gebilde, dem sie in zahllosen Bereichen ausgeliefert sind.» Dieser Verdrossenheit müsse und könne Abhilfe geschaffen werden. Für ihn gebe es sogar eine Patentlösung: die Subsidiarität. Jeder Bürger sei selbstverantwortlich. Des-

halb liege das ursprüngliche Recht bei den kleinsten politischen Einheiten, den Gemeinden. «Denn diese sind am nächsten beim Bürger.» Auf die EU übertragen heisse das: «Nur was über die Kraft der einzelnen Nationalstaaten hinausgeht, muss von der EU übernommen werden.» Dazu gehörte unter anderem auch eine grenzüberschreitende Umweltpolitik. Was auf einer tieferen Ebene erledigt werden könne, sei besser, billiger und viel effizienter. Deshalb brauche Europa eine Verfassung, in der das Subsidiaritätsprinzip festgeschrieben sei, so der überzeugte Europäer Erwin Teufel.

Disentis

Gerettete Tiere leben im Freien

Am Tag nach dem Brand des Klosterhofs Cuort Claustrala in Disentis war man mit der Suche nach der Brandursache befasst. Die geretteten Tiere leben vorübergehend im Freien in Salaplauna.

Von Gieri Dermont

Ob der durch die Feuersbrunst vom Ostermontag bis auf die Grundmauern niedergebrannte Stall des Klosterhofs neu erstellt wird, vermochte der Statthalter des Klosters, *Pater Vigeli Monn*, gestern auf Anfrage noch nicht zu sagen. Dieser Entscheid falle frühestens, wenn *Abt Daniel Schönbächler* wieder in Disentis sei, der zurzeit an der Salzburger Äbtekonzferenz teilnimmt und bis am Freitagabend ortsabwesend ist. Sobald er zurück ist, werde man sich zusammensetzen und entscheiden, wie es weitergehen soll. Bis dann werde man auch die Unterlagen zusammenhaben.

Noch kein Schadensüberblick

Allein der Schaden an den Gebäulichkeiten ist sehr gross. Dieser konnte gestern noch nicht genau beziffert werden. Erst wenn alles abgebrochen und geräumt sei, gewinne man einen gesamten Überblick, erklärt *Roman Calonder* von



Das traurige Bild des bis auf die Grundmauern zerstörten Klosterhofs Salaplauna in Disentis. (Foto Larissa M. Bieler)

der Gebäudeversicherung auf Anfrage.

Seit dem Jahr 1990 arbeitet *Andreas Bühler* auf dem Klosterhof, den er im Jahr 1995 in Pacht übernahm. Der Klosterhof ist inklusive den dazugehörigen Maiensässen und Alpen rund 50 Hektaren gross. Vorderhand wird das gerettete Vieh in Salaplauna im Freien gehalten, wo es gefüttert wird und auch ein Melkstand eingerichtet wurde. Man suche jedoch einen Stall, in dem die ganze Herde untergebracht werden könne, da sie nach Möglichkeit nicht getrennt werden soll. In Disentis selber bestehe diese Möglichkeit nicht, da die dortigen

Ställe belegt seien. Von den insgesamt 50 Tieren, die sich im Stall befanden, konnten 48 gerettet werden. Eine Kuh fiel den Flammen zum Opfer, während das Pferd Verbrennungen erlitt und ins Tierspital nach Zürich gebracht wurde. Die Hautverbrennungen seien recht ausge dehnt, aber die Haut noch ganz, gab die behandelnde Tierärztin zu Protokoll. Lädier seien vor allem Rücken und Kopf. Am schlimmsten befallen seien die Ohren. Erfreulich sei, dass bei der Lunge sich bisher keine Auswirkungen bemerkbar gemacht hätten. Wie sich die Heilung der Haut entwickle, müsse noch abgewartet werden.

FDP

Für billigere Krankenkassenprämien

Die Geschäftsleitung der FDP Graubünden hat die vom zuständigen parteiinternen Ausschuss Gesundheit und Soziales erarbeitete Vernehmlassung zur Teilrevision des Gesetzes über die Krankenkassenversicherung und die Prämienverbilligung zuhanden des Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartementes verabschiedet. Die FDP begrüsst diese Teilrevision.

Laut Mitteilung der Partei verlangen zwei gewichtige Gründe diese Teilrevision: Die neue Kantonsverfassung legt fest, dass alle wichtigen Bestimmungen durch den Grossen Rat in Gesetzesform zu erlassen seien, und zudem verlange der Bund, dass alle Kantone die Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung für mittlere und untere Einkommen um mindestens 50 Prozent verbilligen. Die FDP Graubünden unterstützt die neue Regelung, wonach die Krankenversicherer vermehrt in die Pflicht genommen werden. Die Versicherer müssen künftig dazu beitragen, dass die Prämienverbilligung tatsächlich für die Krankenversicherung verwendet werde, wofür sie letztlich bestimmt ist. Die heutige Situation zeige, dass sich die Krankenversicherer voll auf die Gemeinden verlassen können und selber kein Risiko zu tragen haben. (bt)